



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 235 (S. 255): Karlsruher Pass und Kinderpass: Teilhabe aller Berechtigter ermöglichen (KULT)

Antrag Nr. 236 (S. 255): Karlsruher Pass und Kinderpass: Ausweitung der Bezugsberechtigung bzw. Anhebung der Bemessungsgrenze um je 10 Prozent in 2019 und 2020 (Die Linke)

Stadtrat Braun (KULT): Leider nutzen viele Berechtigte den Karlsruher Pass und den Kinderpass heute immer noch nicht. Um mehr Menschen mit dem Angebot zu konfrontieren und so eben eine noch höhere Nutzungsquote zu erreichen, hat meine Fraktion in der Vergangenheit einige Anträge gestellt. Diese wurden abgelehnt, meist mit dem Verweis darauf, dass die Stadt bereits ohnehin eine vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit machen würde.

Die Stadt muss aus unserer Sicht nun aber auch darauf vorbereitet sein, dass diese Öffentlichkeitsarbeit zieht und noch mehr Menschen die beiden Sozialpässe beantragen. Folgerichtig muss auch das Budget erhöht werden. Deshalb fordern wir, dass das Budget für die beiden Pässe auf 73 % der Bezugsberechtigten aufgestockt wird.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Jeder Fünfte in Deutschland lebt an der Armutsgrenze, so die Statistiken, die in den letzten Wochen in den Medien zu hören und zu sehen waren. Das sind ca. 16 Millionen Menschen. Wir könnten jetzt herunterrechnen, wie viele davon in Karlsruhe sind. Es ist schon merkwürdig, dass es in einem der reichsten Länder dieser Welt so viel Armut gibt.

Nicht berechnet wird der Personenkreis, der gerade knapp über dieser Armutsgrenze liegt. Ich gehe davon aus, dass mit meiner Vorstellung von Arm und Reich in diesem Land mehr als die doppelte Summe dieser 16 Millionen existiert. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten, und deswegen wollen wir die Berechtigungs- und Bemessungsgrenze für den Karlsruher Pass und den Kinderpass um 10 % anheben.

Diese Begründung gilt auch für den Folgeantrag, denn wir haben zwei Anträge gestellt. Dabei möchte ich erwähnen, dass es hier darum geht, die Rücknahme der Leistungskür-

zungen zu beschließen und das Leistungsangebot um 10 % zu erhöhen, um genau diesem Trend in unserer Stadt ein Stück weit entgegenzuwirken.

Stadträtin Dr. Fischer (SPD): Wir sind alle stolz auf den Karlsruher Pass und auf den Karlsruher Kinderpass. Bisher haben wir es immer als gemeinsame Aufgabe angesehen, ihn weiterzuentwickeln und dies auch gemeinsam zu tun. Ich erinnere an viele Vorgängerinnen, z. B. Marianne Krug, Angela Geiger, Margot Döring oder Barbara Kofler. Wir saßen in kleiner Runde zusammen und haben darüber nachgedacht, um welche Punkte man den Pass erweitern könnte oder wie man noch Leistungen mit einschließen könnte. Auch das haben wir vor.

Ich denke, die jetzt gemachten Vorschläge sind nicht reif, sie so umzusetzen, wie sie jetzt hier vorgeschlagen werden. Zum einen halte ich diesen Antrag mit der Öffentlichkeitsarbeit für nicht notwendig. Wir haben in den letzten Jahren ein hohes Maß an Werbung gemacht, und jeder, der den Pass beantragt, wird den Pass auch bekommen. Wenn wir jetzt dafür Sorge tragen würden, dass sich die Zahl um weitere 100 oder 200 erhöht, dann würden diejenigen den Pass bekommen, ohne dass wir Geld einstellen müssen. Aber der Personenkreis soll erweitert werden. Darüber denken wir auch schon länger nach. Deshalb sind wir dafür, dass das im Fachausschuss – möglichst auch in einer kleinen Gruppe – weiterentwickelt wird. Wir hätten gerne einen Änderungsantrag gestellt, wenn dies denn möglich wäre, aber wir wissen, dass es zum derzeitigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig ist. Deshalb war unsere Idee: Lasst uns 200.000 € mit einem Sperrvermerk einstellen, dann können wir im nächsten Jahr in aller Ruhe darüber nachdenken, um welche Punkte wir unsere beiden erfolgreichen Sozialprojekte erweitern können.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Bevor ich jetzt auf die Anträge zu den Karlsruher Sozialpässen eingehe, möchte ich noch etwas Grundsätzliches aus grüner Sicht zum Teilhaushalt 5000 vortragen.

Einer der sozialpolitischen Schwerpunkte der GRÜNE-Fraktion sind ältere und pflegebedürftige Menschen. So setzen wir uns für mehr Kurzzeitpflegeplätze ein. Es gibt in Karlsruhe zu wenige Kurzzeitpflegeplätze, die zeitlich und begrenzt die Unterstützung pflegebedürftiger Menschen übernehmen. Neben Pflegeplätzen setzen wir uns auch für eine Kampagne zur Gewinnung von Altenpflegekräften ein. Ohne Pflegekräfte keine Pflege. Weiter beteiligen wir uns mit Anträgen, mit denen unterschiedliche Institutionen ihre Angebote gegen Gewalt gegen Frauen ausweiten können. Insbesondere liegen uns Kinderprojekte am Herzen, denn Gewalt gegen Frauen findet vor allem in der Familie vor den Augen der Kinder statt. Wir freuen uns, dass wir mit unseren Anliegen bei vielen Fraktionen auf offene Ohren gestoßen sind und gemeinsam einige Projekte auf einen guten Weg bringen konnten. Hierfür bedanken wir uns schon mal im Voraus. Wir haben keine Anträge gestellt und werden auch keine Anträge beschließen, die ausschließlich wegen tariflicher Erhöhung gestellt wurden. Wir sind der Meinung, dass wir das einmal grundsätzlich klären sollten.

Kommen wir zur AfD. Bei diesen Haushaltsberatungen wurden von der AfD erstmals in größerem Umfang Anträge gestellt, die die bisherige Stadtkultur in Frage stellen, alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und aktiv gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen. Die AfD-Anträge in der heutigen Sitzung zeigen deutlich, wohin die AfD im Karlsruher Gemeinderat steuert. Deren Anträge im Teilhaushalt 5000 sind getrieben von Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments gegen Migranten. Die AfD macht aber auch vor

armen Deutschen nicht Halt. Exemplarisch sind hier genannt die beabsichtigten Streichanträge zur Wohnraumakquise oder den Stopp des Austausches von Kühlgeräten für Empfängerinnen von Hartz-IV-Leistungen. Wo irrationale Ängste gut zu bedienen sind, ist die AfD nicht weit. Exemplarisch ist der Antrag „Suchtberatung durch freie Träger fördern“ genannt. Die AfD argumentiert mit einer Steigerung von Drogenkriminalität. Wir sagen, die Sucht hat nicht zugenommen. Die AfD versucht, eine angstmachende Welt heraufzubeschwören, in der Sucht und Drogenkriminalität zunehmen. Einige AfD-Anträge sind so unspezifisch, dass sie nicht abstimmungsfähig sind. Wir GRÜNE tragen nur Haushaltsanträge mit, die dazu beitragen, dass Karlsruhe offener, lebensfreundlicher und nachhaltiger wird.

Jetzt möchte ich zu den Sozialpässen noch etwas sagen. Zum KULT-Antrag: Es ist ein Good-Will-Antrag. Es gibt um den Karlsruhe Pass und den Kinderpass keine Windhundrennen. Jeder, der kommt und hat die Voraussetzungen für den Erhalt des Passes, bekommt ihn auch. Der Antrag der Linken, die Bezugsgrenze für den Karlsruher Pass um weitere 10 % zu erhöhen, hat unsere Sympathie. Dennoch halten wir den Antrag heute noch nicht für abstimmungsreif. Daher schlagen wir vor, dass beide Anliegen der Linken im zuständigen Fachausschuss besprochen werden.

Darüber hinaus kündigen wir schon einmal an, dass wir demnächst die Karlsruher Sozialpässe ein weiteres Mal im Gemeinderat thematisieren.

Stadtrat Joos (FDP): Denken unsere KULT-Kollegen, die Karlsruher-Pass-Leute seien Analphabeten? Diese müssen sich doch diffamiert vorkommen. Bürgermeister Lenz stellte hier im Hause deutlich klar, an wie vielen Ecken und Enden der Karlsruhe Pass propagiert wird. Müssen wir noch die Hunde zum Jagen tragen? Ein bisschen Engagement kann man doch auch von Sozialleuten erwarten, die in der Regel viel Zeit haben, um sich kundig zu machen, was alles angeboten wird. Deshalb ist dieser Antrag für uns unnötig wie ein Kropf. Wir lehnen ihn ab.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. Weil die beiden Anträge unterschiedliche Dinge verlangen, möchte ich sie getrennt zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Da jetzt von SPD und GRÜNE vorgeschlagen wurde, das Thema im entsprechenden Ausschuss noch einmal zu behandeln und es ein Interesse gibt, in der Richtung positiv vorzugehen, stimmen wir dem zu.

Der Vorsitzende: Fangen wir trotzdem einmal mit dem **Antrag Nr. 235** an. Der KULT-Antrag begehrt, wenn ich es richtig verstanden habe, das Budget im Haushalt auf 73 % der möglichen Bezieher zu erweitern. Die Verwaltung hält das für nicht notwendig, da in dem Moment, wo mehr Leute den Pass beantragen, sie den auch bekommen, und wir würden dann gegebenenfalls die Mittel nachsteuern, denn die Leistungen sind ja zugesagt, die können wir nicht budgetabhängig ausschütten. Ich stelle das jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wie gesagt, es wird keiner davon abgehalten, einen Pass zu beantragen und auch die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen zu können.

Zum **Antrag Nr. 236** der Linken gibt es den vielfachen Wunsch, das Thema „Erweiterung der Bezugsberechtigten um 10%“ in den Fachausschuss zu nehmen. Es gab aber auch Ihren Änderungsvorschlag, Frau Stadträtin Dr. Fischer, einmal 200.000 € in den Haushalt

einzustellen. Ich schlage vor, das in den Fachausschuss zu nehmen, denn wir wissen noch gar nicht, was das bedeutet. Falls Sie nach der Diskussion zu irgendwelchen Ergebnissen kommen, müssten wir schauen, wie wir damit umgehen, wenn es eine Mehrheit dafür gäbe. Können wir so verbleiben? Ob es formal dazu noch eines Antrags bedarf, können wir dann noch klären. Aber das bekommen wir hin. – Dann können wir den Antrag damit als **erledigt** betrachten.

(...)